



Dr. Karl Addicks
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der FDP – Fraktion
für Entwicklungszusammenarbeit

Dr. Karl Addicks, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

VENRO
Frau Vorstandsvorsitzende
Dr. Claudia Warning

Per E-Mail

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 6.528
☎ (030) 227 – 75234
📠 (030) 227 – 76097
✉ karl.addicks@bundestag.de

Wahlkreis

Taubfeld 8
66121 Saarbrücken
☎ (0681) 68 57 09 00
📠 (0681) 68 57 09 09
✉ karl.addicks@wk.bundestag.de

Ad./Vo.

Berlin, 4. Juni 2009

Sehr geehrte Frau Dr. Warning,

vielen Dank für die Übersendung des VENRO Wahlprüfsteins. Für die FDP-Bundestagsfraktion antworte ich stellvertretend.

1. Die FDP-Fraktion vertritt seit Jahren viele der im Bonner Aufruf aufgeführten Forderungen. Gegen alle Widerstände und Kritik haben wir diese Positionen vertreten, weil wir der festen Überzeugung sind, dass wir dringend einen Paradigmenwechsel in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit brauchen. Seit zehn Jahren erleben wir eine einseitige deutsche Entwicklungspolitik unter Führung einer SPD-Ministerin. Obwohl sich die Entwicklungszusammenarbeit in dieser Zeit ganz neuen Herausforderungen (globalen Krisen, Aufgaben der EZ z.B. in Afghanistan, effektivere Verwendung des Mittelaufwuchses, zunehmende Zersplitterung der ODA-Mittel auf verschiedene Ministerien, Umsetzung der MDGs) stellen musste, wird nicht einmal eine Debatte über die notwendigen Neustrukturierungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geführt. Der eingeleitete Prozess der Zusammenlegung von GTZ und KfW und die Bewertung des Vorganges durch den Bundesrechnungshof ist das beste Beispiel für die fehlende Entscheidungskompetenz im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Angesichts der sich verändernden globalen Herausforderungen, allen voran mit den Auswirkungen der Nahrungsmittel-Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Entwicklungsländer hat das BMZ die notwendigen Reformen verschleppt bzw. grob fahrlässig vertan.

Mit dem Argument, der „Bonner Aufruf“ diskreditiere die Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen, verwehren viele Kritiker eine offene Debatte über eine Bilanz des bisher Erreichten. Dabei besteht viel eher die Gefahr, dass wenn wir so weiter machen wie bisher, staatliche Entwicklungshilfe und die Bemühungen der Regierungen um Armutsbekämpfung in Frage gestellt werden. Die Krisen im Finanz- und Wirtschaftssektor werden die Zahlen der Hungernden allen Prognosen nach nochmals deutlich ansteigen lassen. Deswegen brauchen wir sehr schnell eine solche Debatte über die Richtung der Entwicklungspolitik, sowie vor allem eine Bilanz der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf

die Effektivität der Hilfe. Wenn wir künftig staatliche Entwicklungshilfe nicht in Frage stellen wollen, muss die Frage der Wirksamkeit staatlicher Entwicklungszusammenarbeit stärker als die nach deren Höhe der Hilfe im Mittelpunkt des internationalen Dialoges stehen. Das schulden wir den deutschen Steuerzahlern, die diese Gelder erwirtschaften müssen und den Empfängern der Hilfe, bei denen unsere Unterstützung in nicht ausreichendem Maße ankommt.

Für uns Liberale sind wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Außenwirtschaftsförderung mit unseren Partnerländern integrale Bestandteile der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und verfolgen beide das Ziel, die Wirtschaftslage vor Ort langfristig zu verbessern, um Armut nachhaltig zu bekämpfen. Die Wirtschaft unserer Partnerländer, aber auch der deutsche Mittelstand, würde von einer stärkeren Fokussierung auf den Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit profitieren. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss zukünftig stärker privatwirtschaftliche Investitionen fördern und die Rahmenbedingungen für Investitionen vor Ort verbessern.

Eine wirksame und effiziente Entwicklungszusammenarbeit setzt vor allem ein kohärentes Vorgehen der verschiedenen Akteure und abgestimmte Strategien voraus. Deutschland hat dagegen in der Entwicklungspolitik nach innen und außen ein komplexes und teilweise undurchschaubares Zuständigkeitsgefüge. Diese Zersplitterung der Aufgaben auf immer mehr Ministerien und verschiedene Durchführungsorganisationen führt zu Mehrfachstrukturen, unnötiger Bürokratie und überlastet die Kooperationsfähigkeit der Empfängerseite. Die wachsende interministerielle Zersplitterung hat dazu geführt, dass inzwischen 15 Ministerien Haushaltsmittel für ODA- anrechenbare Entwicklungsvorhaben erhalten. Dabei unterliegen diese Vorhaben den Vorgaben des jeweiligen Ministeriums und unterscheiden sich in Zielrichtung, Maßnahmen und Richtlinien teilweise erheblich. Die von allen gewünschte Kohärenz muss folglich zunächst bei uns hergestellt werden. Die FDP setzt sich daher dafür ein, dass die Tätigkeitsfelder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder in einen eigenen Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes überführt wird.

2. Die FDP bekennt sich zu den Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen der langfristigen Ziele MDGs (Millennium Development Goals) der Vereinten Nationen eingegangen ist. Bereits zur Halbzeit der Umsetzung der Millenniumentwicklungsziele war klar, dass keines der acht Ziele in Subsahara-Afrika erreicht werden wird. Das Verfehlen des Zeitplans macht die Entwicklungsziele aber nicht hinfällig, sondern erfordert vielmehr eine ehrliche Auseinandersetzung mit der zeitlichen Zielsetzung für die Region. Die Bilanz zeigt eine ungenügende Fokussierung der EZ auf die ärmsten Länder, die aber ein entscheidender Faktor zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ist. Die FDP setzt sich für eine Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die schwächsten und ärmsten Länder ein, während die Zusammenarbeit mit Schwellenländern auf eine grundsätzliche neue Grundlage gestellt werden muss. Die Tatsache, dass Themen wie Good Governance nicht berücksichtigt wurden, darf nicht dazu führen, dass diese Bereiche weniger Beachtung finden. Wir sind viel eher der Auffassung, dass ohne eine effektive Einforderung dieser Kriterien, die Entwicklungszusammenarbeit an Wirksamkeit und an Glaubwürdigkeit verliert. Gute Regierungsführung, durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die Bekämpfung der Korruption, müssen stärker als bisher im Mittelpunkt aller Entwicklungsbemühungen stehen. Die von ihnen angesprochene ressortübergreifende Koordinierung sehen wir ebenfalls

als dringende Aufgabe. Sie ist am ehesten zu lösen, wenn die Verantwortung wieder federführend in einem Ressort liegt.

3. Die FDP bekennt sich zu den internationalen Verpflichtungen die Deutschland eingegangen ist. Auf der Suche nach neuen Finanzquellen für die Entwicklungszusammenarbeit sind so genannte „Internationale Finanzinnovationen“ in der Diskussion. Anders als der Titel verspricht, handelt es sich bei den vorgeschlagenen Finanzierungsmodellen aber kaum um Innovationen, sondern um Steuern und Abgaben oder schlicht neue Schulden mit neuen Namen. Die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland lassen es aber nicht zu, dass noch weitere Schulden angehäuft werden, da diese die nachfolgenden Generationen belasten würden. Neue Schulden können unter dem Gesichtspunkt von Generationengerechtigkeit in Deutschland keinesfalls gerechtfertigt werden.

4. In Accra erfolgte eine Bestandsaufnahme und Bewertung der Umsetzung der Paris-Erklärung vom 2. März 2005. Die EU-Kommission hat bekräftigt, ihrerseits die Zielvorgabe der Paris Deklaration zu erfüllen und die Budgethilfe (PGA Maßnahmen) bis 2010 auf 66% der geleisteten Hilfe zu erhöhen. Während die Prinzipien der Agenda, Eigenverantwortung der Partnerländer, Partnerausrichtung und Harmonisierung der Geber sinnvoll sind, müssen die Instrumente zur Umsetzung der Prinzipien dagegen dringend auf den Prüfstand. Allen voran die gegenwärtige Praxis der Gewährung von Budgethilfe ist als Kernelement der neuen Entwicklungsarchitektur kritisch zu bewerten. Mit dem neuen, wenig erprobten Instrument der Budgethilfe wird das Ziel verfolgt, von der Mikrosteuerung durch Einzelprojekte hin zu einer Makrosteuerung der Partnerregierungen durch Leistungsvereinbarungen und Wirkungskontrollen zu gelangen. Der Erfolg der Budgethilfe setzt aber die Funktionsfähigkeit von Regierung und Verwaltung voraus, sowie ausreichende Kapazitäten für die Umsetzung der Programme. Das schließt von Beginn an eine Vielzahl von Entwicklungsländern aus. Demgegenüber steht eine Fülle von Risiken in Zusammenhang mit der fehlenden Kontrolle über die Mittelvergabe (Korruptionsgefahr), da im Rahmen der Budgethilfe keine Einzelabrechnungen mehr möglich sind. Die Kontrolle über die Mittelvergabe kann nur noch über Monitoringprozesse ablaufen, die bislang aber völlig unzureichend sind. Hinzu können negative, inflationsfördernde Auswirkungen der Budgethilfe auf die Wirtschaft des Partnerlandes treten. Erste Evaluierungen haben gezeigt, dass sich die mit der Budgethilfe verbundenen hohen Erwartungen nicht erfüllt haben. Ausgeblieben ist der erhoffte Rückgang des Gebereinflusses auf die Politik in den Empfängerländern. Vielmehr hat die Koordinierung der Geber durch Budgethilfe-Arbeitsgruppen zu Verlagerung des Politikdialogs auf höchste politische Entscheidungsebene geführt. So ist es in den untersuchte Länder nicht gelungen, Parlamente und Zivilgesellschaften in die Diskussion über die Armutsstrategien einzubeziehen. Zudem fördert die Budgethilfe zentralstaatliche Regierungen, anstatt eine dem Subsidiaritätsgrundsatz folgenden dezentralen Politikausrichtung. Nach wie vor fokussieren die Budgethilfeprogramme zuwenig auf die ökonomische Entwicklung. Es fehlen positive Anreize die Eigenfinanzierungskapazität der Empfängerländer zu stärken. Schwache Finanzsysteme, treuhänderische Risiken und Korruption bleiben ungelöste Probleme der Budgethilfegewährung. Obwohl der Nachweis einer erhöhten Effizienz der EZ durch die Budgethilfe noch nicht erreicht wurde, wird sie auf europäischer und multilateraler Ebene quotenbedingt schnell ausgebaut. Die FDP sieht die Budgethilfe als eines von mehreren Instrument an, welches nur in Einzelfällen bei Vorliegen von strengen Bedingungen zu gewähren ist.

Eine quotenmäßige, massive Ausweitung der Budgethilfe, wie es die Paris Deklaration vorgibt, lehnen wir ab.

5. Das Thema Entschuldung ist ein weiterer Bereich, in dem die Instrumente deutscher Entwicklungszusammenarbeit dringender Verbesserung bedürfen. Liberale treten dafür ein, die ärmsten Länder der Welt im Rahmen vertraglicher Auflagen von erdrückender Schuldenlast zu befreien. Statt volkswirtschaftlichen Argumenten entscheiden oftmals rein politische Erwägungen der Gläubiger über einen Forderungsverzicht. So kommen z. B. rohstoffreiche Länder, die langfristig das wirtschaftliche Potential haben, ihre Verpflichtungen selbst zu erfüllen, aus anderen als entwicklungspolitischen Gründen in den Genuss von Entschuldung. Andere Länder, die wiederum tatsächlich zu den ärmsten Ländern der Welt gehören, aber in den Augen der Gläubiger nachrangig sind, erhalten diese Vorzugsbehandlung nicht. Vielmehr müssen Länder, die mittel- und langfristig in der Lage sind, ihre Schulden zurückzuzahlen, aufgefordert werden, dies zu Gunsten der Ärmsten der Armen zu tun. Überdies muss auf eine stärkere Konditionierung und Sanktionierung bei Entschuldungen geachtet werden. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Implementierung eines ordnungspolitischen Rahmen in Form einer Internationalen Insolvenzordnung ein.

6. Wir haben uns auch in dieser Legislaturperiode für die Abschaffung der EU-Agrarsubventionen eingesetzt. Die Landwirtschaft und der daraus resultierende Handel mit Agrarprodukten ist einer der Grundbausteine für ein breitenwirksames Wachstum armer Länder, denn die Wertschöpfungskette beginnt immer auch im landwirtschaftlichen Sektor einer Volkswirtschaft. Nachweislich würde der Abbau der EU-Agrarsubventionen einen größeren Effekt auf die Empfängerländer auslösen, als die gesamte europäische Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere die Entwicklungsländer profitieren, wenn das Handelsvolumen sich insgesamt erhöht, die Versorgungssicherheit sich verbessert, die Leistungsfähigkeit und Produktivität der Landwirtschaft auch in diesen Ländern gestärkt und das Verbraucherpreisniveau auf moderatem Niveau stabilisiert wird. Angesichts der Erstarrung der Doha-Runde brauchen wir ernsthafte Anstrengungen zur nachhaltigen Stärkung des Freihandels. Hierzu zählen – wenn nötig – der einseitige und unkonditionierte Abbau weiterhin bestehender Handelsbarrieren wie Importzölle, produktionsabhängige Subventionen, staatliche Preis- und Mengeninterventionen und der beschleunigte Abbau von Exportsubventionen bis zum Jahr 2013.

7. Die Gesundheitsversorgung ist einer der Schlüsselfaktoren, die zur Entwicklung eines Landes beitragen. Nur mit einer gesunden Bevölkerung kann sich ein Land wirtschaftlich entfalten und die Menschen die Entwicklung ihres Landes vorantreiben. Dies ist nicht möglich, wenn der größte Teil der Bevölkerung zu jung, zu alt oder zu krank zum Erwirtschaften und Arbeiten ist. Aus diesem Grund unterstützt die FDP auch die Erreichung der gesundheitsbezogenen Millenniumentwicklungsziele. Nach wie vor sterben in vielen Ländern Menschen immer noch an Krankheiten, die einfach zu behandeln wären. Diese „Armutskrankheiten“, aber auch HIV/Aids und Malaria sowie Tuberkulose führen dazu, dass die Lebenserwartung in Entwicklungsländern teilweise bis zu 30 Jahren unter der in den Industriestaaten liegt und weiter sinkt. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass der Bereich Gesundheit in Entwicklungsländern stärker als bisher in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen wird. Dies beginnt bei der transparenten Darstellung der Mittelvergabe für HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose

bis hin zu kohärenten Konzepten bspw. in der HIV/AIDS Bekämpfung. Hier fordern wir eine Strategie, die einen integrativen Charakter hat und nationale Eliten, Zivilgesellschaft und religiöse Führer mit einbezieht. Ein Konzept kann nur Erfolg haben, wenn es die individuellen Gegebenheiten der Partnerländer berücksichtigt. Untersuchungen des Europäischen Rechnungshofes haben ergeben, dass dies im Bereich Gesundheit nicht der Fall ist und grundsätzlich keine Kohärenz zwischen den einzelnen Gebern besteht. Diese kann nicht hingenommen werden. Aus diesem Grund fordern wir eine verbesserte Kohärenz sowie eine Evaluierung und Kontrolle der Mittel.

Die Wirksamkeit muss mehr denn je im Mittelpunkt der Debatte stehen. Wie können wir mit den vorhandenen Mittel das Optimale erreichen und wo benötigen wir mehr Geld? Beispielsweise ist der Bereich der Forschung und Entwicklung von neuen Medikamenten und Impfstoffen eine sehr große Herausforderung, die nur gemeinsam bewältigt werden kann. Hier fordern wir ein verstärktes Nachdenken über öffentlich-private Forschungsfinanzierung sowie eine Strategie zur Bekämpfung der tropischen Armutskrankheiten gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu entwickeln. Wir fordern mehr politische Unterstützung von Initiativen zur Schaffung von Anreizen für Forschung und Entwicklung im Bereich Tropenkrankheiten sowie die verstärkte Finanzierung von multi- und bilateralen Programmansätzen im Gesundheitsbereich, unter besonderer Berücksichtigung tropischer Krankheiten zu leisten. Darüber hinaus muss die Bundesregierung zwischen den Ministerien die Zuständigkeit für den Bereich Forschungsförderung für tropische Armutskrankheiten klären. Wir haben in der laufenden Legislaturperiode dazu einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Die Abwerbung von Gesundheitspersonal in Entwicklungsländern darf nicht länger hingenommen werden. Aus diesem Grund muss die EU es endlich schaffen, einen Verhaltenskodex gegen die Abwerbung von afrikanischem Gesundheitspersonal zu verabschieden. Seit 2007 steht dieses Thema im Raum und passiert ist bisher leider nichts. Der massive Mangel an qualifiziertem Personal ist ein bestehendes und noch sich weiter verschärfendes Problem in vielen afrikanischen Ländern. Jede Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Gesundheit kann nur gelingen, wenn auch Personal vor Ort ist und bleibt. Aus diesem Grund muss auch mehr in die Ausbildung und auch die spätere angemessene Bezahlung von Gesundheitspersonal investiert werden.

8. Armut und Bildungsarmut hängen untrennbar zusammen. Der Aufbau eines für alle zugänglichen Grundbildungswesens ebenso, wie die weiterführende und berufsbezogene Bildung sind Grundbestandteile des Entwicklungsprozesses und Voraussetzung für den Aufbau von Justiz und Marktwirtschaft sowie die Einrichtung eines funktionierenden demokratischen Systems. Der Zugang zur weiterführenden Bildung muss dabei für Männer und Frauen diskriminierungsfrei möglich sein. Bildung ist grundlegende Voraussetzung für jede Form wirtschaftlichen Wachstums und nachhaltiger Entwicklung. Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Anwendung von Wissen und Fähigkeiten als Kern wirtschaftlicher Zusammenarbeit zentraler Bestandteil der Armutsbekämpfung wird und sowohl die Grund- als auch die Weiterbildung gezielter gefördert werden. In diesem Zusammenhang haben wir auch die teilweise einseitige Festlegung der Themen in Sektoren im Rahmen des EU-Verhaltenskodexes abgelehnt. Ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik muss auf Hilfen zum Aufbau eines sekundären und tertiären Bildungssektors liegen. Von essentieller Bedeutung ist neben der Schaffung eines diskriminierungsfreien Zugangs und der Chancengleichheit für Mädchen und Frauen

auch die Steigerung der Qualität und Effizienz der jeweiligen Schul- oder weiterführenden Ausbildung. Dabei sollte die Unterstützung in diesem Bereich nicht nur in finanzieller Hinsicht ausgeweitet werden. Auch eine Zusammenarbeit mit den Partnerländern auf inhaltlicher und struktureller Ebene in Form eines Austausches von Lernenden und Lehrenden, beispielsweise über gezielte Förder- und Stipendienprogramme, sollte von der Bundesregierung gezielter gefördert werden. Wir begrüßen neue Kooperationsmodelle, die die Mitwirkung auch von nichtstaatlichen Organisationen beinhalten. Der Aufbau effektiver Bildungssysteme in Krisenregionen durch eine bessere Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium und den entsprechenden Initiativen muss gefördert werden. Hier muss die künftige Bundesregierung den Mut haben, neue Wege zu gehen. In diesem Sinne will die FDP-Fraktion auch den Anteil der Entwicklungszusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren erhöhen.

9. Die FDP-Fraktion hat über viele Jahre hinweg den Rückgang deutscher Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der ländlichen Entwicklung kritisiert. Der Bereich der ländlichen Entwicklung wurde in den vergangenen zehn Jahren um 100 Millionen Euro gekürzt, obwohl 70% der Armen in ländlichen Gebieten leben. Derzeit liegt der Anteil der weltweiten Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft bei unter 4 %. Während 1982 noch 6,2 Milliarden Euro in den Bereich flossen, waren es 2002 lediglich noch 2,3 Milliarden US-Dollar. Mit Blick auf die Erhöhung der Nahrungsmittelnachfrage muss der Bereich der landwirtschaftlichen Entwicklung durch die deutsche Entwicklungshilfe wieder aufgewertet werden. Regierungsverhandlungen müssen dazu genutzt werden, eigene Investitionen in die ländliche Entwicklung, ausstehende Landreformen, die Steigerung der Produktion sowie die Sicherung von Eigentumstiteln einzufordern. Die entwicklungspolitische Förderung von Landwirtschaft und Ernährungssicherheit müssen zu einem Schwerpunktthema werden.

Nur eine effiziente, innovative und unternehmerische Land- und Ernährungswirtschaft kann eine stetig wachsende Weltbevölkerung von zukünftig mehr als neun Milliarden Menschen sicher, qualitativ hochwertig und in ausreichendem Maße ernähren. Produktivität und Effizienz dienen neben der Ernährungssicherung dem Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutz. Wir wollen eine „grüne Revolution auf dem Acker“, um die Herausforderungen der weltweit steigenden Lebensmittelnachfrage zu bewältigen. Zur Steigerung der Produktivität in der Land- und Ernährungswirtschaft müssen technischer Fortschritt in Form von modernster Landtechnik, Betriebsmitteln, Pflanzenzüchtung und sparsamer Bewässerungssysteme eingesetzt werden. Dabei wollen wir die verantwortbaren Möglichkeiten der Biotechnologie ideologiefrei nutzen. Die Investitionen in die Agrarforschung müssen gesteigert werden, damit der technische Fortschritt beschleunigt und schnell praktisch umgesetzt werden können.

10. Die FDP begrüßt die Beschlüsse des Europäischen Rates, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgase um 20% gegenüber 1990 zu reduzieren, als ersten wichtigen Schritt. Wir brauchen einen Entwicklungspfad für 2050 mit einer Reduzierung um 60 bis 80 % in den Industrieländern. Wichtigstes Klimaschutzinstrument ist für uns der Emissionshandel. Er gewährleistet einen wirksamen Umweltschutz durch feste Emissionsobergrenzen zu den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten. Die FDP will den Emissionshandel in Deutschland auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten. Ansatzpunkt für diese Sektoren soll die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein. Die Versteigerungserlöse des Emissionshandels sollen zur Senkung der Stromsteuer genutzt werden. Darüber hinaus will die FDP

Auslandsprojekte für den Klimaschutz stärker anerkennen und so den Technologietransfer verstärken. Neben der Entlastungswirkung für das Weltklima hat dies große Kostensenkungspotentiale für den Klimaschutz auch in Deutschland, weil man pro eingesetztem Euro in sonnenreichen Ländern beispielsweise über Photovoltaikanlagen deutlich mehr Treibhausgasemissionen einsparen kann als in Deutschland. Außerdem geht es auch darum, beispielsweise den Export von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien aus Deutschland voranzubringen und Arbeitsplätze zu sichern.

11. Globalisierung als Prozess der "Entgrenzung" vieler Lebensverhältnisse kann man nicht abschaffen oder umkehren, sondern nur gestalten. In dem Maße in dem unsere Lebensbedingungen globaler Interdependenz unterliegen, brauchen wir einen globalen Ordnungsrahmen mit belastbaren Strukturen. Dieser Rahmen wird auch gern als "global governance" oder auch als "Regieren jenseits des Nationalstaats" bezeichnet. Global Governance verlangt nach belastbaren Gewaltenteilungsstrukturen. Der zunehmende exekutive Multilateralismus muss durch legislativen und judikativen Multilateralismus ergänzt werden. Dem sich ausweitenden "Global Governance"-System muss ein "Global Accountability"-Mechanismus gegenübergestellt werden. Die Bewältigung weltweiter Herausforderungen wie Klimawandel, Bürgerkriege, internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Menschenrechtsverletzungen, Migration, Flüchtlingsströme, die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und der Anstieg der an Hunger leidenden Menschen erfordern eine Entwicklungszusammenarbeit im Sinne einer solchen globalen Strukturpolitik. Die Mitwirkungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure bei Entscheidungen internationaler Organisationen müssen dabei weiter ausgebaut und verbessert werden. Der auf dem G8-Gipfel angestoßene Prozess der Einbeziehung der aufstrebenden Schwellenländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika in eine „neue Partnerschaft“ zur Lösung globaler Probleme geht daher in die richtige Richtung. Der vorgeschlagene „neue, strukturierte, themenbezogene Dialog“ geht aber nicht weit genug. Nötig ist, eine gemeinsame Entwicklungsoffensive zu initiieren. Wir brauchen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der entwickelten Industrieländer untereinander und mit den Schwellenländern, da die Geber gemeinsam stärker und die erzielbaren Entwicklungen nachhaltiger sind. Hieraus können und sollen gemeinsame Entwicklungsvorhaben in den noch immer Not leidenden Ländern dieser Erde vereinbart werden (sog. Dreieckskonstellationen). Darüber hinaus können Fragen von Good Governance von allen Gebern gemeinsam erörtert und effektiver umgesetzt werden. Auf dieser neuen Grundlage können und werden sich Partnerschaften entwickeln, die nachhaltig nicht nur Wohlstand und soziale Sicherheit, sondern auch Frieden und Solidarität unter den Ländern der Welt fördern. Denkbar wäre auch die Einrichtung zivilgesellschaftlicher Beiräte innerhalb des IWF, der Weltbank oder der WTO. Die Kommunikation zwischen Internationalen Organisationen, Staaten, NGO und Privatsektor muss unter dem Gesichtspunkt von "ownership" und Akzeptanz nachhaltig verbessert werden. Die Entscheidungsprozesse internationaler Organisationen müssen unter dem Gesichtspunkt von mehr Transparenz und mehr Partizipation überprüft werden. Da die Demokratisierung internationaler Organisationen voraussetzt, dass auch die jeweils beteiligten Mitgliedsstaaten demokratisch verfasst sind, muss sich die entwicklungspolitische Zusammenarbeit verstärkt auf die Förderung von Governance Strukturen in Entwicklungsländern konzentrieren.

12. Liberale Entwicklungspolitik kennt keine Berührungsängste mit der Sicherheitspolitik. Denn wir verstehen Entwicklungspolitik stets auch als vorbeugende Sicherheitspolitik. Wir halten es für falsch und mit Deutschlands Interessen unvereinbar, wenn offizielle Entwicklungspolitik peinlich auf Distanz zu Institutionen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedacht ist. Die FDP setzt sich angesichts der weltweit steigenden Terrorgefahr (Einsatz in Afghanistan/Konzept der vernetzten Sicherheit) für eine enge Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ein. Liberale Entwicklungspolitik will deshalb besonderes Augenmerk auf aktuelle und potentielle Krisenregionen richten und im Schulterschluss mit der Sicherheitspolitik gezielt jene Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen unterstützen, die für Wege der Gewaltfreiheit, der religiösen und kulturellen Toleranz, des Freihandels und der pragmatischen Zusammenarbeit eintreten.

Das Thema der sexualisierten Gewalt in Konfliktgebieten muss stärker Eingang in deutsche Entwicklungsprojekte finden. Die Situation im Kongo hat gezeigt, dass die Internationale Staatengemeinschaft in solchen Fällen gemeinsam handeln muss. Der Aufbau eines Rechtssystems kann dabei sicherstellen, dass die Täter nicht straffrei bleiben und Opferschutz eingeräumt wird. Wir unterstützen die Umsetzung der beiden Resolutionen. Der Umsetzungsbericht der Bundesregierung muss jetzt aber auch in aktuelle Projekte überführt werden.

13. Die FDP hat beschlossen, den Anteil der Bildungsinvestitionen in einem Kraftakt auf 7% des BIP anzuheben. Ebenso unterstützen wir die Durchlässigkeit unserer Bildungszweige, gerade zwischen der beruflichen Qualifizierung und der akademischen Ausbildung, durch die Anrechnung von erworbenen Kompetenzen im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR). Ziel muss es aus Sicht der FDP sein, alle Bürger in einen Prozess des lebenslangen Lernens zu integrieren. Für die Umsetzung der bildungspolitischen Inlandsarbeit sind aber grundsätzlich die Länder zuständig. Die FDP hat sich dennoch in besonderer Weise für dieses Thema eingesetzt und den folgenden Absatz in das Wahlprogramm aufgenommen: „Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine wichtige und zukunftsweisende Aufgabe aller Bildungsträger. Neben der Verankerung im Schulunterricht ist ihre Umsetzung in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Bildungseinrichtungen, wirtschaftlichen Institutionen und Verbänden von großer Wichtigkeit. Die Vermittlung von Grundfertigkeiten und Faktenwissen über die wechselseitigen Zusammenhänge von Mensch, Natur und Technik sind unverzichtbare Voraussetzungen, um junge Menschen mit Handlungskompetenzen auszustatten und damit zu gesellschaftlicher Teilhabe bei der Gestaltung einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung zu befähigen.“

Gern stehen wir Ihnen für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen

